

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12.50 M., vierteljährlich 37.50 M.
Die einseitige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 spaltige An- u. Verkäufe 25.— M. Bezugsgebühr laut Tarif. Unzuverlässige Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung und Samstagsheft: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von epich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Nur für Nachdrucke: 20 011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht entböhrt.

Ein Zahlungsaufschub unter Bedingungen.

Die Schlussung des Obersten Rates in Cannes.

Cannes, 13. Jan. Der Oberste Rat versammelte sich heute vormittag um 11 Uhr zum letzten Male in Cannes. Die Sitzung dauerte bis 12 Uhr 30 Min. Lloyd George verlas als Vorsitzender der Konferenz das von Briand geleitete Telegramm. Der Oberste Rat sprach sein Bedauern über den Rücktritt Briands aus und Lloyd George schlug die Abendung eines Telegramms an Briand vor, worin diesem für den Empfang des Obersten Rates auf französischem Boden und für die Art und Weise, wie er dazu beitrug, daß die Konferenz von Cannes Ergebnisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas erzielen konnte, der Dank ausgesprochen wird. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Ergebnisse Früchte tragen werden.
Lloyd George sagte dann mit, daß der Oberste Rat zu der Entscheidung gekommen sei, daß er in Abwesenheit eines seiner Mitglieder mit den Verhandlungen nicht fortfahren könne und daher beschlossen habe, die Konferenz zu vertagen. Er erwähnte, daß die Aufgabe der Konferenz zum Teil gelöst worden sei, insbesondere sei beschlossen worden, eine Wirtschaftskonferenz nach Genoa einzuberufen, zu der die deutsche Regierung eingeladen werden solle. Mit Befriedigung habe er den gelassenen Ausführungen Dr. Rathenau entgegen, daß die deutsche Regierung am Wiederaufbau Europas teilzunehmen gewillt sei. Er bedauere, daß der deutschen Delegation Ungelegenheiten bei den Verhandlungen erwachsen seien, die durch den Abbruch der Konferenz unterbrochen werden mußten. Die übrigen Delegationen befänden sich in derselben Lage. Die Reparationsfrage habe vertagt werden müssen. Soweit aber das Ersuchen der deutschen Regierung um ein Moratorium in Betracht komme, werde die Reparationskommission sofort eine Antwort erteilen. Hierauf verlas der Vorsitzende der Reparationskommission Dubois die nachstehende

Entscheidung:

Die Reparationskommission beschließt, der deutschen Regierung eine vorläufige Verzugsfrist für die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu gewähren, soweit diese Zahlungsverpflichtungen durch geleistete oder noch zu leistende Barzahlungen und durch Sachlieferungen oder Einnahmen aus dem Recovery Akt, die schon eingegangen sind oder bis zu den oben genannten Daten eingegangen sein werden, nicht schon gedeckt sind, und zwar unter Vorbehalt der nachstehenden Bedingungen:

1. Während der vorläufigen Verzugsfrist zahlt die deutsche Regierung aller 10 Tage 31 Millionen Goldmark in zufließenden Devisen. Die erste Zahlung erfolgt am 15. Januar 1922.
2. Die deutsche Regierung unterbreitet binnen 14 Tagen der Reparationskommission einen angemessenen Reform- und Garantieplan betreffend das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldmarkt, sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922.
3. Die vorläufige Verzugsfrist geht zu Ende, sobald die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen eine Entscheidung über den unter 2. erwähnten Entwurf und das Programm getroffen haben. Unbeschadet dessen kann in dieser Entscheidung vorgeesehen werden, daß der Unterschied zwischen den tatsächlichen während der vorläufigen Verzugsfrist gezahlten Beträgen und den auf Grund des Londoner Zahlungsplanes fälligen Summen fällig wird und zu zahlen ist innerhalb 14 Tagen, gerechnet von dem Tage der je nach den Umständen von der Reparationskommission oder den alliierten Regierungen getroffenen Entscheidung.

Wenn der Entwurf und das Programm der Reparationskommission vorliegen, werden sie sofort den alliierten Regierungen übermittelt, die so in der Lage sein werden, entweder die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, oder sie an die Reparationskommission zurückzuverweisen, damit diese darüber entscheidet.

Reichsminister a. D. Rathenau erklärte, daß er namens der deutschen Regierung von der Einladung zur Konferenz in Genoa Kenntnis nehme. Die deutsche Regierung sehe der Übermittlung des Einladungs-schreibens entgegen. Er betonte ferner, daß aus den gegebenen Erklärungen hervorgehe, daß aus der Nichtzahlung der zum 15. Januar fälligen Summe für Deutschland keine unmittelbaren Folgen erwachsen.

Die hier vorliegende Entscheidung der Reparationskommission, die für die im Januar und Februar fälligen Zahlungen ein Moratorium unter gewissen Bedingungen vorschlägt, ist der Reichsregierung heute in später Abendstunde bekannt geworden. Die Reichsregierung wird morgen vormittag in eine interne Besprechung darüber eintreten. (W. T. B.)

Abreise der Delegationen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Cannes, 13. Jan. Alle fremden Delegationen verlassen Cannes heute abend. Lloyd George ist um 5 Uhr nach London abgereist. Er wird in Paris keine Fahrt unterbrechen, um mit Millerand und Poincaré Besprechungen zu haben. Er drückte bereits in diesem Sinne an Millerand und bat ihn um eine Zusammenkunft.

Das voraussichtliche Kabinett Poincaré.

Paris, 13. Jan. (Oavas.) Poincaré hat die Bildung des Kabinetts endgültig übernommen. Nach bisher noch nicht bestätigten Nachrichten soll sich das Ministerium folgendermaßen zusammensetzen: Vorsitz und Außenminister: Poincaré, Justiz und Vizepräsident: Malberti oder

De Selve, Inneres: Mahouin, Krieg: Maginot oder Barthou, Marine: Vandru, Finanzen: De Valerrie, Handel: Francois Warhall oder Bokanowski, Unterricht: Leon Berard, Ackerbau: Jean Dorand, Kolonien: Sarraut, Arbeitsministerium: Darlac oder Colrat oder Jourdain, Öffentliche Arbeiten: Le Trocquer, Unterrichtssekretäre: Aubleane, Dutrell, Lortin, Joseph Barthelemy, Kollin, Villenau. (W. T. B.)

Frankreichs Hoffnungen auf Poincaré.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Paris, 13. Jan. Wie der „Temps“ erklärt, soll das neue Ministerium Poincaré ein Kabinett der nationalen Einheit sein, das entschlossen sei, den Frieden und die Rechte Frankreichs gleichzeitig zu sichern. Heute nachmittag erschien eine Abordnung der Entente-República-Demokratie bei Poincaré. Sie legte dar, daß sie besonders auf die Zuweisung des Ministeriums des Inneren und des Unterrichts Wert lege. Man hat den Eindruck, daß die Abordnung von ihrer Besprechung mit Poincaré befriedigt war.

Eine schwerwiegende Episode — keine Katastrophe.

Berlin, 13. Jan. Die Berliner Diplomatie war gestern abend fast vollständig bei einem Empfang der niederländischen Gesandtschaft versammelt. Die Vorgänge in Paris wurden natürlich lebhaft besprochen. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß man es mit einer sehr schwerwiegenden Episode, nicht aber mit einer eigentlichen Katastrophe zu tun habe.

Der Entwurf des englisch-französischen Garantievertrages.

Paris, 13. Jan. Der Entwurf des vorgesehenen französisch-englischen Garantievertrages wird heute nachmittag veröffentlicht. Er hat folgenden Wortlaut:

Angesichts der Tatsache, daß Frankreich innerhalb eines Monats zweimal von Deutschland bestritten wurde, (1) und daß Frankreich noch tief unter den Bewaffnungen leidet, die auf den Feind zurückzuführen sind, das französische und englische Volk einen schrecklichen Tribut an Menschenleben und Geld bezahlt haben, um den Einfall des deutschen Heeres zurückzuweisen, daß die Wohlhater der europäischen Völker und der wirtschaftliche Aufbau der Welt durch den langen Krieg tief erschüttert wurden, sowie endlich, weil Bürgerkrieg Frankreichs gegen einen zukünftigen Einfall Deutschlands unerträglich sind für die Wiederherstellung der Festigkeit Europas, für die Sicherheit Großbritanniens und den Weltfrieden und da die in den Artikeln 42, 43, 44 des Friedensvertrages von Versailles enthaltenen Sicherheitsmaßnahmen nicht genügen zur Verteidigung der gemeinsamen Interessen der hohen Vertrags-schließenden, sowie für die Aufrechterhaltung des Friedens in Westeuropa, haben der König von England und der Präsident der französischen Republik folgende Abmachungen getroffen:

- Art. 1. Am Falle eines direkten und nicht heraufgeforderten Angriffes gegen das Gebiet von Frankreich durch Deutschland wird sich Großbritannien sofort mit allen seinen Streitkräften zu Wasser, zu Lande und in der Luft an die Seite Frankreichs stellen.
- Art. 2. Die hohen Vertrags-schließenden beschließen aus-erene das gemeinsame Interesse, das die Art. 42, 43 und 44 des Friedensvertrages von Versailles für sie haben. Sie werden sich gegenseitig verständigen, wenn eine Verletzung der angeführten Artikel droht oder wenn ein Zweifel über ihre Auslegung entsteht.
- Art. 3. Die hohen Vertrags-schließenden Parteien verpflichten sich außerdem, sich gegenseitig zu verständigen im Falle militärischer Maßnahmen irgend welcher Art, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind und von Deutschland ergriffen werden.
- Art. 4. Dieser Vertrag bildet keine Verpflichtung für irgendein Dominion des britischen Reiches, es sei denn, daß das Dominion ihn genehmigt habe.
- Art. 5. Der gegenseitige Vertrag wird für die Dauer von 10 Jahren in Kraft bleiben und kann nach Ablauf dieser Zeit durch gemeinsames Abkommen erneuert werden. (W. T. B.)

Die Allianz, eine Spiegelfechtere.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Paris, 13. Jan. In der am 15. Jan. erscheinenden Nummer der „Nouvelles des deux mondes“ bezieht Poincaré die augenblickliche Lage. In dem Artikel heißt es: Die positive und offizielle Allianz mit England ist sehr wertvoll. Sie gibt uns auf dem Kontinent viel von der Sicherheit die uns fehlt. Sie würde uns in der Folge helfen, uns ein wenig unsere militärischen Pläne zu erleichtern. Sie würde uns gehalten, uns ruhig-friedlicher Arbeit zu widmen. Damit wir jedoch vollkommen gesichert seien, wäre es notwendig, daß die englische Regierung sich der unsrigen und der belgischen anschließe und so in der Lage wäre, einen deutschen Angriff abzuwehren oder ihn zurückzuweisen. Könnten wir abräumen, wenn England abruhet, während Deutschland dies nicht tut? Wenn es wahr ist, daß wir uns für diese Allianz verpflichten müßten, unsere Beziehung der Rheinlande nicht zu verlängern oder sie sogar abzubrechen, und wenn England sich nicht formell verpflichtet, sich mit uns eventuell für die Bereitstellung von Plänen und die genaue Durchführung des Friedensvertrages einzusetzen, dann wäre diese Allianz weiter nichts als eine bloße Spiegelfechtere. Wenn sie abgeschlossen würde, ohne daß das Einverständnis zwischen England und uns über die genaue der Finanzkonferenz einnehmende Haltung, sowie über die spätere Regelung der deutschen Zahlungen hergekehrt wäre, so hätte die Allianz, die größten Unzuverlässigkeiten für uns, da sie uns im voraus die Hände binden und uns ohnmächtig und hilflos an die englische Politik fesseln würde, und Frankreich hätte früher oder später nichts anderes zu tun, als Trauer über den Verlust seiner Souveränität anzulegen.

Rücktritt des französischen Kabinetts.

Der französische Ministerpräsident hat in der letzten Sitzung der Kammer unter allgemeiner Erregung, gefolgt von den Mitgliedern seines Kabinetts, den Saal verlassen und unverzüglich darauf dem Präsidenten der Republik im Einverständnis den Rücktritt der Regierung angezeigt. Millerand hat die Demission angenommen und den Senator Poincaré mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. So lautet in kurzen Zügen die Nachricht von einem Umsturz der politischen Situation in Frankreich, mit dem sich unabsehbare Folgen nicht nur für dieses Land, sondern auch für ganz Europa und die Welt verbinden werden. Wohl rechnete man in Paris, London, Rom, Berlin schon seit längerer Zeit mit der Möglichkeit der Abdankung Briands. Aber gerade die immer zahlreicher werdenden, immer intensiver sich gestaltenden Verwicklungen und Schwierigkeiten, die von der Briand'schen Politik erzeugt, aber auch bis in die letzten Tage hinein immer wieder von ihr mit leidlichem Erfolg gelöst und abgewehrt wurden, gaben dazu Anlaß, dem nunmehr zurückgetretenen Kabinett eine noch längere Lebensdauer vorzusagen.

In innerpolitischer Hinsicht hat der bisherige französische Ministerpräsident vom Anbeginn seiner Amtstätigkeit immer zwischen zwei Feindern gestanden. Auf der einen Seite stand die radikale Opposition der Sozialisten, deren Fäden sich neuerlich wieder in den Händen des lange Zeit vom politischen Schauplatz zurückgezogenen Gaitaux sammeln sollen; diese Richtung verlangte von der Regierung internationales Verständnis, maßvolle Auslegung der Versailles-Bestimmungen, Abkehr von der Politik der Gewalt und der Sanktionen. Auf der anderen lauerte argwöhnisch und von ewigem Haß gegen Deutschland erfüllt der nationale Bloß der französischen Chauvinisten, die ihre Vorkämpfer selbst in unmittelbarer Nähe der Regierung und in Regierungsämtern vorgeschoben verhandeln. Der mit einem guten Teile der moralischen Schuld am Ausbruch des Krieges belastete Poincaré war und blieb ihr Führer und hat den verantwortungsvollen Posten eines Fortwärtigen im Senatsaufschub für auswärtige Angelegenheiten inne. Heber die Ziele dieses Mannes und seines in Kammer- und Senatskreisen besonders harten Anhangs braucht kein Wort verloren zu werden. Ueberall, wo es sich um Aufteilung Deutschlands, Annexion des Rheinlandes, Verschärfung der Zwangsmassnahmen gegen uns handelte, hatten er und seine Clique mit ihrer machtvollen Presse die Hand im Spiele. Solange Briand den Absichten dieser Männer Vorhieb leistete, war er von ihnen geduldet, auch wenn es nicht an spornenden und hegenden Antrieben fehlte. An sich hätten die nationalistischen Kreise auf Grund ihrer Stärke in Kammer und Presse zu jeder Zeit die Macht erheben, Briand zu stürzen. Es schwebte ihnen aber, wie beste Quellen ver-sichern, das Ziel vor, die Briand'sche Politik „sich tollanten zu lassen“, um dann für die in der zweiten Hälfte dieses Jahres stattfindenden Kammerwahlen aus Mißerfolgen Briands sich eine geeignete Plattform zu konstruieren, auf der die nationalistische Politik sich machtvoll erheben könnte. Und ganz ähnlich dürften die Gedankenansätze der radikal-sozialistischen Opposition gewesen sein, die um so weiter Ursache hatte, auf einen Sturz des Ministerpräsidenten hinzuwirken, als dieser in letzter Zeit bisweilen begrenzte Zurückhaltung an den Tag gab, daß er sich der Notwendigkeit einer internationalen Verständigung nicht grundsätzlich entzog. So legte es diese Oppositionsgruppe mehr darauf an, erst einmal ihre Macht gehörig zu häufen, als dem Kabinett direkte Existenzschwierigkeiten zu bereiten. Auch sie rechnete damit, daß Briands Politik sich bis zum Oktober fortzuziehen würde und daß sie dann auf Grund ihrer eifrigen Propagandaarbeit in der Lage sein werde, die Briand'sche Erbschaft anzutreten. Interessant dabei ist, daß ihr neuerdings eine Kraft wie Clemenceau, der sich aus persönlichen Gründen von den Führern des nationalen Bloßs abgezogen sieht und sich ihrindar auf seinen einstigen Radikalsozialismus besonnen hat, indirekt zur Verfügung steht. „Der Tiger“ hat sich bekanntlich mit Jahresbeginn ein eigenes Presseorgan, das „Echo national“ angelegt, in dem auch Tardieu und der frühere Finanzminister Klotz zu Worte kommen, deren Gegnerschaft zum nationalen Bloß bekannt ist.

Von somit in der innerfranzösischen politischen Lage im gegenwärtigen Augenblick zunächst kein zwingender Grund vor, der den Rücktritt des Kabinetts hätte zur Folge haben müssen, so hatten sich bis zu dem Tage, an dem Briand den Entschluß faßte, nach Paris zurückzukehren, die Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage Frankreichs so verwickelt, daß der Ministerpräsident kaum noch hoffen durfte, sie zur Zufriedenheit einer Kammermehrheit zu überwinden. Gewissermaßen das Kängchen an der Waage bildete die bekannte Denkschrift der englischen Regierung über einen englisch-französischen Garantievertrag. So klipp und klar, so offen vor aller Welt hat die Regierung Lloyd Georges noch nie ihre Ziele im Hinblick auf Frankreich und ihre gesamte kontinentale Politik bekanntgegeben. Hier mußte Briand Harde bekennen. Wahrheitslieblich hat er sich nun während seiner letzten Londoner Reise dem englischen Ministerpräsidenten gegenüber in einer Weise festgelegt, die ein weiteres Scheitern über die englischen Vorschläge und Grundzüge von vornherein unmöglich machte. Doch er sah aber auf den Abschluß dieses Vertrages auf der von Lloyd George vorgeschlagenen Basis ein, dann hätte er damit nach Washington seine zweitgrößte Niederlage erlitten. Denn Englands Bedingung für einen Garantievertrag überhaupt war die französische Zustimmung und Mitarbeit zum Wiederaufbau Europas; dieser wieder bedingte ein Nachgeben Frankreichs in der Reparationsfrage. Damit wäre nach französischer Ansicht Frankreich ganz in

Das Nachwort der englischen Politik gerieten. Ein ungewohnter Varm der französischen Nationalisten wäre die Folge gewesen, die schon vorher die Freigabe der nationalen Schatzkammer des Ministerpräsidenten vorzumerken beabsichtigte. Dieser schätzlichen Situation befreite er sich noch in unklarer Stunde die Spitze abzugeben. Er verteilte die Konferenz von Cannes mit dem schon damals recht zweifelhaften Ausspruch "höchster Friede" und eilte in die Kammer, um durch sein so oft bewährtes persönliches Auftreten die Wähler zu beruhigen. Angehörige der verschiedenen Parteien durch Willens und einzelne Minister veranlassen Opposition des nationalen Blats, aber wollte er es nicht darauf ankommen lassen, daß man ihm in dem Namen eines Ministerpräsidenten den Laufpaß gab, und jag die Monarchen seiner unheilvollen, unmooslichen, von Parteien inspirierten Doppelpolitik, ein noch immer rauchendes Frankreich zu befriedigen und gleichzeitig Europa wieder auszubilden; er trat zurück.

Der Polier, die sich mit diesem Rücktritt verbinden, sind für die Welt und besonders für Deutschland unabsehbar. Zwei Tatsachen dürfen zunächst als höchst anziehend werden, in denen die weiteren Geschicke ihren Angehörigen und Angehörigen werden. Die mit dem Rücktritt verbundene nationale Mission Poincaré, die die Welt für die Zusammenhänge der Weltpolitik, wird aus Kamer kommen, und die seit einem halben Jahre mühsam ausgeübte Mission für eine Wiederherstellung der Welt unter den Bedingungen in der Welt erhellert. Die Konferenz von Cannes darf als geschickter angeordnet werden, die Konferenz von Genua, die die Wirtschaftslage der Welt unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Staaten konsolidieren sollte, wird bei einem entgegenkommenden, unaufgeklärten und ephemerischen Frankreich ihre Ziele in keiner Weise erreichen können. Der Hauptleidtragende an dieser Vorgänge wird, wie immer, das Volk sein, im Nachhinein einer völlig passiven Politik aus und herabgebeugte Deutschland sein. Wir erleben mit dem Abgange Briands den Augenblick, in dem sich die Wirtschaftspolitik am bittersten ihren Auswirkungen zeigt. Es ist das, was der Kanzler schon abgedacht hatte, mit der einzigen dazu beabsichtigten Ziele, der Reparationskommission, rechtzeitig einen Zahlungsaufschub zu verweigern, eine Zeit, die um so länger war, als selbst nach Briands Einverständnis innerhalb der Kommission eine Mehrheit für eine vorübergehende Reparationsänderung vorhanden war, die es ermöglicht hätte, die Hoffnungen auf einen und den Operationen klar legen zu können gelautet. Er unterließ die Verantwortung der bekannten drei Kräfte und erzwang die Wahlmänner der Kommission, die sich im Augenblick von dieser Seite aus nicht mehr viel zu erwarten hat. Umsonst verlor Briand in Cannes die schließlichen Reparationsbedingungen weiterzuführen. Nach dem Auscheiden der französischen Delegation ist das Land wieder ohne einen Plan, selbst die dringlichsten Fragen zu beantworten. Die Konferenz muß als außerordentlich angesehen werden. Lloyd George, MacDonald, Brüno's Pläne sind abgelehnt.

In dieser Lage haben wir mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß uns während am 15. Januar die Rechnung für die hundert Reparationsmillionen präsentiert wird. Wie sich das Parlament durch diesem Schicksal gegenüber zu verhalten gedenkt, ist ungewiss. Entweder es greift die Idee des Reichsbankens, von dem es, wie seit längerer Zeit, in der Welt nach England gehen lassen will, um aus dem Land von England für die Reichsbank zu unterstützen, und weiterhin um und veranlaßt ihn für die Reparationsbedingungen, oder es reduziert die Reparationsbedingungen auf die ursprünglichen Interessen der Reparationskommission, die sich neuen Pariser Verhandlungen unterbreiten wird. In beiden Fällen können die Folgen für uns verhängnisvoll werden. Der nächste Schritt des deutschen Reiches, nämlich die Vornahme unserer Reparationsbedingungen und das wirtschaftliche Gleichgewicht. In diese Polier darf natürlich nie und nimmer abgesehen werden. Es würde den karmischen Widerstand des deutschen Volkes herausfordern, wollte das haben, wenn eine neue Zeit unserer Wahrung weiter unterbreiten. Anherfens sind die Hoffnungen auf England, Amerika oder sonst eine der alliierten Staaten Utopien, die von der unglücklichen Welt der französischen Nationalisten nicht mehr sich ausbreiten werden. Die eigentlichen Auswege aus unserer traurigen Zwangslage, die eine wirtschaftliche, politische, deutsche Politik rechtzeitig hätte schaffen oder sich selbst halten müssen, sind also verfallen, so daß uns kaum eine andere Wahl bleibt, als die Einwirkung der Dinge mit gewandelter Aufmerksamkeit zunächst abzuwarten. Ein schwerer Hoffnungsverlust nur, wenn der nächste Schritt nicht ausgeht, wenn die Reparationsbedingungen nicht von dem erwarteten Erfolge begleitet werden. Aber auch diese Aussicht hat für die Gegenwart zu uns nichts zu bringen. Denn die interimistisch ihre Antisozialisten in den nächsten Tagen weiter ausübenden Minister werden sich haben, durch eine Unterlassungsünde am 15. Januar Wähler auf die Mühlen des nationalen Blats zu bringen, und werden dem Rücktritt bereits ihren Einfluss dahin geltend machen, daß die ausstehende Reparationsrate durch "neue Zentration" unverändert gesichert wird.

Das Programm der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Wien, 13. Jan. Zwischen der deutschen und der polnischen Delegation ist unter Zustimmung des Präsidenten Calonder über den weiteren Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen folgendes vereinbart worden: Die Arbeiten der Unterkommissionen in Oberösterreich sollen bis zum 28. Januar zum Abschluß gebracht werden. Die Verhandlungen in Wien sollen am 6. Februar beginnen und spätestens am 25. Februar beendet werden. Nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten darf mit Sicherheit erwartet werden, daß der nächste Zeitpunkt auch für die anderen Kommissionen, die einen besonders schwierigen und umfangreichen Stoff zu bewältigen haben, wie insbesondere die Kommission für den Wiederaufbau, für politische und juristische Fragen, einzuhalten werden wird. In Wien wird sodann, abgesehen von dem programmatisch dort weiter zu behandelnden Minoritätenfragen und der Kommission, die sich mit den Obsteigenheiten und Rückstellungen der für die Durchführung der Vereinbarungen einziehenden Organen zu beschäftigen hat, lediglich die Schlussabstimmung und die innere Überlegung aller Teile des umfangreichen Vertragswerkes zu behandeln sein. Der zwischen dem Schluß der Arbeiten in Oberösterreich und dem Beginn der Arbeiten in Wien vorgezeichnete Zeitraum ist dringend erforderlich, um den Delegationen die Möglichkeit zu geben, mit den heimischen Behörden vor Abschluß der Arbeiten die erforderliche Klärung zu nehmen. (W. Z.)

Freilassung eines polnischen Regierungspions.

Berlin, 13. Jan. Der bisherige Leiter des hiesigen polnischen Botschafts "Tycinski", Dr. Stephan Pitauer, war wegen Entstellung einer ausgedehnten Spionagetätigkeit verhaftet worden. Er hat diese Tätigkeit mit seiner Stellung als Leiter des Ministerbüros in Warschau für verbotlich gehalten. Die polnische Regierung hat für Pitauer aber die Vorrechte der Exterritorialität in Anspruch genommen. Die deutsche Regierung mußte deshalb dem Gesuche auf Haftentlassung entsprechen. Gleichzeitig aber wurde der polnischen Regierung eröffnet, die Exterritorialität als Exterritorialität sei nunmehr erloschen und es werde ihm geraten, Deutschland binnen 24 Stunden zu verlassen. Diesem Rate ist Dr. Pitauer gefolgt.

Rücktritt des finnischen Gesandten in Moskau.

Helsingfors, 13. Jan. Der finnische Gesandte in Moskau Gullendögel hat seinen Rücktrittseisuch eingereicht.

Eine Lehre der Bourgeois'.

Paris, 12. Jan. Bei der Hebernahme des Amtes des Senatspräsidenten hielt Leon Bourgeois eine Rede, worin er zunächst auf die schwierige finanzielle Lage Frankreichs zu sprechen kam und andeutete, daß nachher eine weitere Erhöhung der Steuern notwendig sei, ferner eine Verminderung der Ausgaben und eine energische Reform der Verwaltungsmethoden im Sinne einer Vereinfachung und Zentralisation. Die erste Frage der auswärtigen Politik sei die der Ausfuhrung des Friedensvertrages. Tatsächlich sei er bis heute noch nicht ausgearbeitet. Frankreich habe bis heute das, worauf es Anspruch habe, noch nicht erhalten. Deutschland erkläre, daß es nicht zahlen könne. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung bringe in die Augen. In Deutschland bestimme im Ausland beträchtliche Werte. Während Deutschland einen Teil seines Aktivums verheimlicht, miniere es sich im Innern des Landes freiwillig, indem es unablässig seine Ausgaben vermehre und es ablehne, seine Steuerlasten ebenso zu erhöhen, wie sie in Frankreich seien. Dabei sei die Wirtschaftskraft Deutschlands im weltweiten ungeschwächt. Seine Politik sei klar. Deutschland sei nur darauf aus, die Alliierten zu verunglimpfen. Es sei sicher, daß es keine Reue in Frankreich gebe, die einer Verminderung der Ansprüche Frankreichs, wie sie sich aus dem Zahlungsstatus eräuben, Aufstimmung würde. Am weiteren Verlaufe seiner Rede kam Bourgeois auf die Konferenz von Cannes zu sprechen und äußerte die Hoffnung, daß sie zu einem Bündnis zwischen Frankreich und England führen werde. (Weisfall.) Zum Schluß kam Bourgeois auf die absehbende Kampagne zu sprechen, die jetzt gegen Frankreich mit dem Zweck geführt werde, es zu isolieren und sein moralisches Ansehen zu schwächen. Er leute die Verwahrung ein gegen den Vorwurf des Militarismus und Imperialismus. (W. Z.)

Der Eindruck des Rücktritts.

Washington, 13. Jan. Die Nachricht vom Rücktritt Briands hat in amerikanischen politischen Kreisen allgemeine Bedauern erregt. Der französische特派员 Sartant mußte von allen Seiten heute Beileidsbegrüßungen an dem Schicksal Briands entgegennehmen. Man nimmt an, daß die bevorstehende Kabinetsberatung über die amerikanische Beteiligung an der Konferenz in Genua zu einer anderen Entscheidung gelangen wird, da Präsident Harding, durch den Sturz Briands veranlaßt, seinen ganzen Einfluß aufwenden werde.

London, 13. Jan. Die Morgenblätter bedauern, daß die französische Kammer alle Verhandlungen, die ihr in den letzten Tagen seitens der französischen Presse gegangen waren, vollständig ignorierte und dadurch den passivsten Mann in der gegenwärtigen französischen Politik an den Tag zu setzen habe. Durch sämtliche Besprechungen der Blätter geht indes wie ein roter Faden die Hoffnung, daß nicht alles verloren sei und die Konferenz zu Cannes doch noch fruchtbar sein werde, indem sie die Konferenz zu Genua abschaffen habe. Das Lond. Chronicle, nebst die nächste Zukunft bespricht, es ist möglich, daß Briand die Last der Verantwortung auf seine nationalpolitischen Gegner werfen werde, die bald zu der Erkenntnis kommen würden, daß es nur eine Alternative gebe, nämlich entweder rückwärts zur Briandischen Politik oder vollständige Isolierung Frankreichs.

Die Stimmung in Frankreich nach Briands Sturz.

Paris, 13. Jan. Ueber die Demission des Kabinetts Briand schreibt der "Welt" Paris: Das Unglückliche daran seien die ungewöhnlichen Umstände, unter denen sie sich vollzogen habe, das überraschende Verschwinden eines der größten Parlamentarier, auf die Franzosen in anderen Stunden zählen zu können ein Recht habe, und die Auslegungen, die der Abgang Briands im Ausland hervorgerufen werde, wo die deutsche und die britische Propaganda (1) Frankreich den unüberwindlichen Ruf des Imperialismus geschickten hätten. Es werde sehr leicht sein, die Franzosen noch einmal anzulocken, die Störkräfte des europäischen Friedens zu sein. Die erste Aufgabe des neuen Kabinetts werde sein, das Mißverhältnis, das zwischen Frankreich und England entstanden sei, zu beseitigen. Vielleicht würden die beiden Regierungen von London und Paris, gewiß durch die schmerzlichen Erfahrungen, bald einsehen, daß es Verhandlungen gebe, die man viel lieber, in der Ruhe der Kabinets, als auf den öffentlichen Marktplätzen oder auf Konferenzen mit großem Apparat und internat. ungen Kongressen führe. (W. Z.)

Paris, 13. Jan. Die Nachricht von der Demission des Kabinetts Briand wirkte, wie dem "Matin" aus Cannes gemeldet wird, wie ein Stoßschlag in einen Oasen Agerien. Ein italienischer Delegierter habe erklärt, ein solches Verbrechen wäre überhaupt noch nicht dagewesen. Tausend Portionen, die zusammengekommen seien, um zu arbeiten, hätten 11 Tage lang ihre kostbare Zeit verschwendet und würden durch einen Streik auseinandergeprengt.

Die Verhandlungen des vorläufigen Reichseisenbahnrats.

(Eigene Information der Dresdner Post.) Berlin, 13. Jan. Der vorläufige Reichseisenbahnrat hat heute seine Beratungen über die Gütertarife begonnen. Staatssekretär Stieglitz führte dabei einleitend aus, daß die letzten Wünsche des Handels und der Industrie die heute bei den Gütertarifverhandlungen noch keine Berücksichtigung finden konnten, auf alle Fälle bei späteren Revisionen des Tarifes beachtet werden würden. In seinen Ausführungen gina der Staatssekretär sodann auf die augenblickliche Verkehrs- und Betriebslage ein und erklärte, daß die Schwierigkeiten darauf zurückzuführen seien, daß es nicht möglich gewesen sei, im Sommer einen gewissen Arbeitsvorrat für den Winter anzufüllen. Trotzdem seien die Verhältnisse der Reichseisenbahn nicht etwa im Jahre 1921 vielweniger denen von 1920 zurückgefallen. Es habe sich im Geschäft eine deutliche Zunahme auch im Jahre 1920 bemerkbar gemacht. So habe beispielsweise im Monat Oktober 1921 die gefahrene Wagenmenge 54 Mill. Tonnen betragen, denselben Monat 1920 sei sie auf 43 Mill. Tonnen zurückgegangen, im Jahre 1920 auf 39 Mill. und im Jahre 1921 auf 42 Mill. Tonnen gestiegen. Das zeige eine deutliche Befundung des Verkehrs.

Besondere Schwierigkeiten machten vor allem im Güterverkehr auch die wichtigen Betriebsumstellungen, die dadurch notwendig wurden, daß in der Industrie der Achtstundentag eingeführt werden sei, so daß die Verladungen nicht mehr in den späten Abendstunden erfolgen konnten, sondern in den Nachmittagsstunden bereits vollzogen werden mußten. Dadurch sei der Wagenlauf in erheblicher Weise erschwert und verlangsamt worden. Auch durch die Kündigung des Heberischensabkommens der Arbeiter seien der Eisenbahn wesentliche Schwierigkeiten erwachsen. Staatssekretär Stieglitz nimmt an, daß etwa 40 000 Waggons durch die Kündigung stillgelegt worden sind oder nicht in genügendem Maße verwendet werden konnten.

Die Vorlage der deutschen Reichsbahnen auf Erhöhung der Eisenbahngüter- und Tarifstarife wurde schließl. angenommen. Die Vorlage sieht insgesamt eine Erhöhung um 33,5 Prozent im Durchschnitt vor. Die Erhöhung erweist sich nicht nur auf die außerordentlichen Tarifstarifen, sondern auch auf die Ausnahmestarife und den Kohlenausnahmetarif.

Wirtschaftsministerium und Landwirtschaft.

Von Oekonomierat Schmidt, Freiberg, M. S. S. In der Kritikerzeile der "Sächsischen Staatszeitung" Ein Jahr sächsischer Politik" bezieht sich auf ein Aufsatz, der sich mit dem Wirtschaftsministerium besonders befaßt und wohl den Glauben erwecken soll, daß die Landwirtschaft diesem Ministerium ungenügend viel zu danken hätte. Zunächst ist es auffällig, daß mit keinem Worte erwähnt worden ist, daß in der Leitung dieses Ministeriums am 1. Mai 1921 ein Wechsel stattgefunden hat. Will man damit andeuten, daß es auf die Person des leiblichen Parteiministers doch nicht allzuviel ankomme? Ueber die beiden Inhaber des Ministeriums will ich mich auch nicht besonders verbreiten. Es ist nur natürlich, daß beiden die landwirtschaftliche Sachkenntnis vollständig abgeht; die Hauptsache ist doch, daß ein Minister auf das Parteiprogramm fest eingeschworen ist, und das ist sowohl bei Herrn Schwarz als auch bei Herrn Hellisch der Fall. Wenn Herr Hellisch nun auch etwas andere Manieren als der Herr Schwarz anwendet, so mußte seine Ernennung zum Wirtschaftsminister doch eine große Bedeutung hervorrufen, weil gerade er es war, der die beständigen Angriffe in der Kammer als Abgeordneter auf den Stand richtete, zu dessen Ruhm und Frommen er jetzt ja arbeiten soll. Wenn man die früheren Reden des Herrn Hellisch liest, so kommt man zu der Anschauung, daß die daraus sprechende Feindschaft gegen die Landwirtschaft durch niemanden übertrifft werden kann. Herr Hellisch hat als Leiter des Wirtschaftsministeriums schon sehr unternommen müssen und wird noch weiter unternommen müssen. Denn die tatsächlichen Verhältnisse sprechen eine so gewaltige Sprache, daß auch ein Herr Hellisch einsehen muß, daß mit Agitationsreden nicht getan ist und daß die früher den Landwirten im allgemeinen gemachten Vorwürfe reine Phantasiegebilde sind.

In dem Artikel wird nun erwähnt, daß die V. Abteilung des Ministeriums des Innern im Jahre 1918 die Durchführung der Ernährungswirtschaft und die Förderung der Landwirtschaft ihr oblag. Das aber die Durchführung der Ernährungswirtschaft von dem sächsischen Wirtschaftsministerium in einer Art und Weise betrieben wurde, wie in keinem anderen Gebiete Deutschlands, das verdammt der Kritik; er verdammt auch, daß gerade das sächsische Wirtschaftsministerium es war, welches auf den Notstand der Landwirtschaft schielte, welche die landwirtschaftliche Erzeugung zu nicht unerheblichem Teile vernichtet hat. Das also das Ministerium seinen Hauptzweck auf den einen Teil verlegte, zum Schaden des anderen, daß die Landwirtschaft durch die Ernährungswirtschaft nicht gefördert, sondern geschädigt wurde. Das der Reich der Ernährungswirtschaft, den wir im Umlageverfahren für Getreide noch haben, möglichst bald Brot verarbeitende Einrichtung der Reichsbrotbäckerei endlich wegschaffen kann, wird jetzt allgemein anerkannt; es aber diese Erkenntnis auch dem Wirtschaftsministerium zu eigen ist, kann fraglich angesehen werden.

In der Kartoffelfrage hat durch das Nebriehalten der Preise das Wirtschaftsministerium ebenfalls der verbrauchenden Bevölkerung in Sachsen keinen Gefallen erwiesen; denn dadurch ist der Kartoffelmarkt von Sachsen ferngehalten worden, anstatt daß man durch rechtzeitiges Eingreifen zu angemessenen Preisen vorgegriffen hätte.

Es wird jetzt allgemein anerkannt, daß die Zukunft des deutschen Volkes mit davon abhängt, daß die Landwirtschaft so weit als möglich die Lebensmittel des deutschen Volkes erzeugt. Dazu ist es aber nötig, daß die Vorbedingungen an intensiver Wirtschaft gegeben werden. Es wird sich in der Zukunft zeigen, ob das Wirtschaftsministerium dazu jeder Forderung ein bereit sein wird. Eine intensive Wirtschaft ist nur möglich, wenn die Preise der Erzeugnisse die Deckungslohn nicht immer und immer wieder halb darf eine Regierung nicht immer und immer wieder den Versuch machen, diese Preise künstlich niedrig zu halten. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen sich ebenso dem jetzigen Weltmarkt anpassen können, wie alle anderen. Dann muß aber dafür gesorgt werden, daß die Preise der Bedarfsartikel der Landwirtschaft nicht über ein bestimmtes Maß hinauswachsen, und weiter muß man einsehen, daß die stärksten Vorläufer treffen, daß der landwirtschaftlichen Erzeugung die nötigen Arbeitskräfte erhalten und wenn es sein muß, durch starke gesetzliche Maßnahmen zugeführt werden. Wie wird sich dazu das sächsische Wirtschaftsministerium stellen? Mehr hat man von dem guten Willen noch nicht viel gespürt, und wenn in dem Artikel davon gesprochen wird, daß das Wirtschaftsministerium hier Wandel schaffen möchte, so darf man dahinter wohl drei Fragezeichen setzen. Ueberigens wird ja die Regierung Gedeihen haben, bei Verprechung der Aufgabe des Arbeitsamtes in der Landwirtschaft eingehend klar zu legen.

Was über den Ausbau des Verkehrsweises gesagt wird, trifft im allgemeinen zu; es ist aber abzuwarten, ob diese Maßnahmen auch tatsächlich erzeugungsfördernd wirken werden. Jedenfalls ist noch kein Beweis erbracht, daß die Reichseisenbahnen von Vorteil für Staat und Allgemeinheit sind, und es scheint, als ob diejenigen Herren Recht behalten sollten, die damals den dringenden Rat gaben, die sogenannten Nennentgelt an sächsische Landwirte zu vermindern. Dadurch wäre entschieden der Lebensmittelpreis und der Volksernährung mehr Vorteil erwachsen, als durch die Reichseisenbahnen.

Die Umwandlung des Landesfiskus in eine Landwirtschaftskammer ist eine Neuerung, deren unbedingte Notwendigkeit nicht einzusehen ist, und es wird sich erst viel später zeigen, ob man hier nicht allzufrüh die Tür zu neuen Entwürfen einer Neuerung, deren Wirkung man nicht voraussehen kann, geöffnet hat.

Auf die kleineren getrockneten Maßnahmen einzugehen, hat nicht viel Zweck. Wenn aber besonders hervorgehoben wird, daß auf dem Gebiete der Veterinärwesen manches geschehen sei, und daß die Entschädigungen für Tierverluste bedeutend erhöht worden wären, so waren das Maßnahmen, welche durch die Geldentwertung unbedingt notwendig wurden und es ist nicht zu leugnen, daß diese notwendigen Geldentwertungen in der Hauptsache eine Folgeerscheinung der nachrevolutionären Gesetzgebung ist. Es möchte aber auch noch einmal hervorgehoben werden, daß man alle Kosten der Staatseisenbahn einschließlich der Viehbesitzern aufgebürdet hat und daß die Allgemeinheit, um deren Willen man doch die Unterhaltung der Schlichter vor und nach der Schlachtung eingeführt hat, zu den Kosten nicht einen Pfennig mehr bezahlt. Man hat hier einen Stand einseitig belastet. Und diesem Stande entzieht man auch sonst die Zuschüsse zu den Abzugskosten und dergleichen mehr und mehr. Und es soll noch einmal erwähnt werden, daß man die Millionen, die man auf die Einrichtung der Nennentgelt verwendet, wohl besser und nützlicher durch die landwirtschaftlichen Schulen und dergleichen mehr hätte verwenden können, denn durch diese wird die technische Verbesserung viel mehr in die landwirtschaftlichen Betriebe hineingetragen, als das durch Reichseisenbahnen und dergleichen mehr geschehen kann.

Die Bemühungen um ein Steuerkompromiß.

Berlin, 13. Jan. Morgen vormittag findet, wie die "Welt" in. mittelt, beim Reichsanwalt eine Beratung über die Vorläufer der Koalitionsparteien statt. Diese Bemühungen betreffen nicht den außerpolitischen Erträgen, sondern den Steuerfragen und den Bemühungen, die auf ein Steuerkompromiß gerichtet sind.

**Einigung in den Beamtenehalls-
verhandlungen.**

Berlin, 12. Jan. Die mehrtägigen Verhandlungen über die durch die Teuerung weiter notwendig gewordenen Einkommensverbesserungen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches sind gestern abend im Reichsfinanzministerium zu Ende geführt worden. Zwischen den Vertretern der Regierung und den Beauftragten der Spitzenorganisationen wurde unter Zurückstellung weitergehender Wünsche — ein Einvernehmen erzielt, das einen Einklang zwischen den für die Beamten, Angestellten und Arbeiter gewährten Verbesserungen herstellt. Auch die Diätäre, die Beamten im Vorbereitungsdienst, die Pensionäre und Hinterbliebenen sollen an den Verbesserungen in entsprechender Weise teilnehmen. Einzelfragen werden noch in besonderen Verhandlungen erledigt werden. Die Regierung wird bestrebt sein, dem Reichstag die notwendige Vorlage bei seinem Wiederzusammentritt vorzulegen, so daß im Falle der Genehmigung die erhöhten Bezüge in Kürze zur Auszahlung gelangen können. (W. T. B.)

Hierzu erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die Regierung und die verhandelnden Parteien sich vorerst auf eine Jahreszulage von 2000 Mk. geeinigt haben, ein Betrag, der ungefähr der Summe entspricht, die sich pro Jahr aus der Stundenloohnerhöhung der in den Staatsverhältnissen beschäftigten Arbeiter ergibt. Von der Beamtenschaft selbst wird die gegenwärtige Publikation als nicht befriedigend angesehen, es werden weitere Verhandlungen in der Frage der Gehaltsverbesserung unumgänglich sein.

**Um die Einheitlichkeit der Beamtenehalls-
Verordnungen.**

Berlin, 12. Jan. Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten berichtigte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums über den Stand der Anleihe der Bestimmungen des Einheits- und des Aufsichtsgesetzes bei den verschiedenen Reichsbehörden in den Ländern. In den bisherigen Verhandlungen sei eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen gewesen. Abg. Dellius (Dem.) hielt es für bedauerlich, daß keine einheitliche Regelung für die Verordnungsverhältnisse aller Verwaltungen gefunden sei. Die Einheitlichkeit der Verwaltung erfordere Einheitlichkeit in der Ausbildung und Prüfung. Man müsse endlich aus dem Zustande der Rechnungen innerhalb der Beamtenschaft herauskommen. Abg. Vogel (D. N.) erklärte die mangelnde Einheitlichkeit in der Regelung der Vorschriften der Verwaltungen zwar für bedauerlich, jedoch sei dieser Mangel besser, als eine ungleiche und unvollständige Beförderung nicht entsprechende einheitliche Norm. Beamte mit verschiedenen Vorbildungen und Dienstverhältnissen brauchten nicht dieselben Beförderungen in der Dienstbahn. Die Zahl der Prüfungen soll so gering wie möglich sein. — Der Ausschuss einigte sich schließlich auf eine Einheitliche Dienstprüfung (D. N.), in der die Regierung erkundigt wird, den Entschlüssen des Reichstages zum Beschluß über die Aufhebung von Grundbesitz, für die Einleitung von Bahnen der Beamten aller Reichsverwaltungen und der Länder verbindlichen Richtlinien gleichmäßig Folge zu leisten.

**Abschaffung des Ernährungs- und
Schlagministeriums.**

Berlin, 12. Jan. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind die preussischen Stimmen im Reichsrat für die Einberufung des Reichs Ernährungsministeriums und des Reichs Schlagministeriums Abstriche vorzunehmen und darauf hinzuwirken, daß beide Ministerien beseitigt werden.

**Vor der Einführung eines bairischen
Staatspräsidenten.**

München, 12. Jan. Der bairische Landtag hat seine Sitzungen wieder aufgenommen. Neben den laufenden Geschäften stehen zwei Fragen im Vordergrund der Erörterungen: die Wiederaufnahme der bairischen Mittelpartei, Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei in die von der bairischen Volkspartei, Demokraten und Bauernbund gebildete Regierungskoalition, und die Einführung eines Staatspräsidenten, für die sich die bairische Volkspartei einsetzt. Die Demokratische Partei verlangt in dieser Frage, daß nach württembergischem und badischem Beispiel Staatspräsident und Ministerpräsident in einer Person vereinigt werden sollen.

**Ablehnung des Urlaubsgesuches
v. Jagow.**

Berlin, 12. Jan. Herr v. Jagow, der in Gosenow i. Pr. die ihm vom Reichsgericht auferlegte Festungshaft vertritt, hatte zu Beginn dieses Monats gegen eine Überheitsleistung von 50000 Mark die Gewährung eines 14tägigen Straußurlaubes zur Erleichterung dringender wirtschaftlicher Angelegenheiten nachgesucht. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat jedoch das Reichsjustizministerium dieses Urlaubsgeheuch abschlägig beschieden.

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Opernhaus: „Tiefenland“ (138). Schauspielhaus: „Der Spielende Groß“ (7). „Kühnheit der Schauspielhaus“: „Der Weg in die Christnacht“ (8). „Der Vulkan“ (138). Residenz-Theater: „Die Kasperle“ (134). „Scham“ bis „Voll!“ (138). Central-Theater: „Michel, der Ruffmacher“ (134). „Die Frau des Lucullus“ (138 Uhr).

† **Vortragsabend.** Heute, Freitag, 1/2 Uhr im Künstlerhaus registriert frei aus dem Gedächtnis der Vortragsmeister Ludw. Hübner „Julius Cäsar“ von Shakespeare mit durchgehender Charakterisierung sämtlicher Rollen.

† **Sonnabend-Beiser in der Kreuzkirche,** nachmittags 6 Uhr. 1. Johann Sebastian Bach: Toccata und Fuge für Orgel in D-Moll. 2. Friedrich Bach: „Ich liebe und schätze“, Motette. 3. Johann Sebastian Bach: „Domine fili“, Alt-Arie aus der G-Moll-Messe. 4. Joh. Wolfgang Franck: Vokalstück für eine Singstimme mit Orgel (1661). 5. Georg Gottfried Wagner (1665 bis 1768): Lob und Ehre und Weidlich, Motette für achtstimmigen Chor. Mitwirkende: Der Kreuzchor. Solisten: Irene Wippl, Frau (Alt). Orgel: Gerhard Baalke (L. H.). Leitung: Otto Richter. Texte an den Kirch-Ärtern.

† **Sonnabend-Motette in der Frauenkirche,** nachmittags 5 Uhr. 1. Johann Sebastian Bach: Präludium in G-Dur für Orgel. 2. Peter Tschairowski: Legende für Chor aus den Kinderliedern (Als noch ein Kind war Jesus Christ). 3. Peter Cornelius: „Christus, der Kinderfreund“, für Alt und Orgel. 4. Max Bruch: „Dumms“, „Dem, der von allen Wägen der Stern“, für Alt und Orgel. 5. Sigmund Demmel: „Striegler her dem Herrn Lob, Dank und Ehr“, vierstimmiger Chor aus „Der ganz Walter Tausch“ (1760). Mitwirkende: Elise Langmann (Alt). Orgel: Alfred Gottwiler. Leitung: Paul Schöne.

† **Vereinigung der Freunde deutscher Kunst.** Sonntag (15.), vormittags 10 Uhr: 1. Stadtbibliothek „Der deutsche Barock“ durch Art. Kunsthistorikerin Mathilde Brückner. Treffpunkt im Zwinger, Central. — Sonntag (15.) bis Mittwoch (18.), vormittags von 11 bis 1 Uhr, Kunstwerkstätten beim der Frau Kunstmalerin Lilla Jährig, 1/2 Uhr, Freiberger Platz Nr. 27. 4. Sonnabend (18.), abends 1/2 Uhr, im kleinen Saale der Kaufmannschaft Autorenabend: Heinrich Gutberlet und Reinhold Braun. Karten bei Wies.

† **Dresdner Künstler anerkenn.** Dramaturg Dr. Carl Wolf ist von einer erlöschenden Vortragsreihe aus der Schweiz zurückgekehrt und wird zu Anfang dieses Jahres Vorträge in Prag und anderen böhmischen Städten halten und im Herbst Einladungen nach Holland folgen lassen.

† **Sächsischer Künstlerhilfsbund.** Nachdem erst kürzlich die Stadt Döbeln bei der in Vorbereitung befindlichen „Gemeinnützigen Vertriebsgesellschaft m. b. H.“ der künstlerischen Schaubühne“ beigetreten ist, hat inzwischen auch die Stadt Riesa beizutreten, 80000 Mk. für den genannten Zweck zu zahlen.

Veriliches und Sächliches.

Die Gewerbetammer Dresden zu Wirtschaftfragen.

Erhöhung der Güter- und Tierarzte. Gegenüber der beabsichtigten weiteren Erhöhung der Güter- und Tierarzte trat die Gewerbetammer auf die folgenden Vorschläge ein, die eine so erhebliche Verbesserung des Eisenbahngüterverkehrs für das gesamte Wirtschaftslieben haben muß. Insbesondere trat die Kammer dafür ein, daß Lebensmittel von der neuen Frachtversteuerung möglichst verschont bleiben, da sonst gerade Tschäden, daß in seiner Ernährung auf die Zufuhr, oft von weither, angewiesen ist, besonders hart betroffen würde.

Gefehentwurf über Arbeitslosenversicherung. An ihrem Gutachten zu dem Referentenentwurf des Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung stimmte die Gewerbetammer den geplanten Maßnahmen zur Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit und zu ihrer Verhütung und Vermeidung grundsätzlich zu und beantragte lediglich einige Abänderungen. Im besonderen widersprach sie der Absicht, die in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten und Hausgewerbetreibenden von der Versicherung auszuschließen.

Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge. Dem Wirtschaftsausschuß gegenüber erklärte die sächsische Gewerbetammer, daß die Heraushebung der Versicherungsbeiträge in der Krankenversicherung auch von ihnen im Hinblick auf das weitere Sinken des Geldwertes für notwendig erachtet wird.

24-Stundenzahlung. Zu der vom Reichsverkehrsministerium angelegten Frage der Einführung der 24stündigen Zahlung hatte die Gewerbetammer sich ausdrücklich geäußert. Sie erklärte, daß vom Standpunkt des von ihr vertretenen Handels, Kleinhandels und Gewerbes aus ein wirtschaftliches Bedürfnis zur Einführung der durchgehenden Zahlung der Stunden von 1 bis 24 nicht anerkannt werden könne.

**Die Vertrauensmännerwahl der Angestellten im Bezirk
der Stadt Dresden**

findet, worauf nochmals ausdrücklich hingewiesen sei, morgen, Sonntag, am 15. d. M., von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags hat. Hierzu ist das Stadtgebiet in 15 örtliche Stimmbezirke eingeteilt, die aus einer Anzeige in dieser Nummer zu ersehen, auch unter Bezeichnung der Wahlstellen mit Karteikartennummern vom 25. November und 5. Dezember 1921 veröffentlicht worden sind. Das Wahlrecht darf nur in demjenigen Stimmbezirk ausgeübt werden, in dem der Wähler gegenwärtig wohnt. Auch bei dieser Wahl liegt es im Interesse der Beteiligten, die Stimmabgabe nicht auf die letzten Stunden der dafür festgesetzten Zeit zu verschieben. Es empfiehlt sich, außer der Versicherungskarte und dem unter Umständen daneben notwendigen Beleg über wenigstens eine Beitragsentrichtung auf die Zeit seit dem 15. Januar 1921 auch einen Ausweis über die gegenwärtige Wohnung (Einwohnermeldebüchlein oder dergleichen) und, wo Zweifel über die Staatsangehörigkeit entstehen können, also z. B. wenn der Wähler im Auslande geboren ist, einen Nachweis für den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit mitzunehmen.

**Ergebnisse von Angestelltenversicherungs-
wahlen.**

Vom Gewerkschaftsbund der Angestellten wird mitgeteilt: Bei den in den letzten Tagen stattgefundenen Wahlen für die Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung konnte der G. D. A. u. a. folgende Siege für sich buchen:

Ort	G. D. A.		H. A.	
	Vertrauensmänner	Ergebnis	Vertrauensmänner	Ergebnis
Zöbtau	2	2	1	1
Pulsnitz	1	3	1	2
Zittau Land	1	3	1	1
Zittau Stadt	1	3	1	1
Rönitzsch	1	2	1	1
Schandau	2	2	1	1
Riesa	1	3	1	2
Wurzen	2	4	1	1
Bohlenstein	1	4	1	1
Reichenstein-G.	2	4	1	2

Der Geist des Menschen und der Geist der Tiere.

Eine fromme und ehrwürdige Uebersetzung erzählt von den ersten Tagen der Weltgeschichte. Unter unbewährter höherer Leitung lebten die Tiere und Menschen untereinander, und ein Zaubenfall war es, der sie später aus ewig schliefen und den Menschen herausgehob zur freien Erkenntnis. Noch immer steht die Wissenschaft vor dem Problem, das sich der bunten Einbildungskraft des Morgenlandes in die Vorstellung des Gartens Eden heftet: hier der Mensch, der durch den Versuch Gefährte, dort das Tier, das unbekannt von höherer Hand geschöpft und sinnreich beseligt; der „Verwand“ der Tiere ist die ungelöste Rätselfrage geblieben, die nicht ohne Bruch in der Verbindung Schwanzhaars aufsteht, daß nur derjenige ihn bewußt sein könne, der selbst nicht davon bestirrt. Es ist ein sehr schwieriges Unterfangen, bei

der Bezeichnung der Handlungen der Tiere die „paradoxische“ Führung und die Führung durch ein waches Bewußtsein unterscheiden zu wollen. Wenn der kleine Vogel im Ei auf den Warnungsruf der Mutter hin zu wachen aufsteht, oder der Krebs, der sein Gleichgewichtsorgan, eine Art Schwimmblase, beim Schwimmen verlor, sich selbst einen Ersatz dafür beschafft, so macht wohl mancher darin Ähnlichkeiten von Verstand erblicken; aber hier handelt es sich um Anlagen der Art, der Gattung, hier stehen die Tiere unter der vorerblich festgelegten Führung des Instinkts. Zufällig in der Entwicklung der Tiere auftretende nützlichere Anlagen — so erklärt Darwin die natürliche Entstehung des Instinkts — haben sich vermög der größeren Lebensdauer der damit begabten Tiere erhalten. Die große Frage bleibt dann immer noch, wie innerhalb der freierwilligen Entwicklung, der er doch selbst angehört, der Mensch durch seinen Verstand schroff von der Tierwelt getrennt werden konnte. Tiefere Betrachtung ergibt freilich, daß dieser scheinbare Unterschied in Wahrheit gar nicht vorhanden ist. Der Mensch ist nicht völlig vom Gängelbande einer höheren Führung gelöst; seine Triebe, wie die Mutterliebe z. B., und die zahllosen Fortpflanzung in seinem Körper, die ohne Verstandesbeeinträchtigung doch höchst zweckmäßig ablaufen, helfen ihm auf eine Stufe mit den instinktgeführten Tieren. Andererseits sind in den Tieren, in zunehmendem Maße in den höheren Arten, Regungen des Verstandes nachweisbar. Wo ein Wähen und Erkennen beim Tier ausreicht, da sind auch Merkmale des Verstandes gegeben. Man soll dabei nicht gleich an die abenteuerlichen Einbildungen der Tierische an Erfindungen wie den Flug des Fledermaus oder gar den freischwebenden Hund Wolf in Form der Fledermaus denken, der angeblich selbst Melodien wie: Extrablatt! 500 Krampfen gesungen hat und die merkwürdigen Beobachtungen, die man z. B. bei Affen gemacht hat — eine Schimpfaffe in Wien lernte das Aufheben eines Pfens, auf Teneriffa sammelten demische Vögel eine Menge Nadeln für die „Nadelwerkstatt“ — sprechen eine viel liberale Sprache. Nur das begriffliche Denken — so endete Wilhelm H. H. H., der diese Ausführungen in geist- und humorvollem Vortrag am Donnerstag im Vereinshaus machte — läßt dem Menschen vorbehalten zu sein. Hier liegt sein „Zaubenfall“.

— **Ernennungen.** Der Oberlandesgerichtsrat Dr. Hofmann ist zum Mitglied und der Senatspräsident Dr. Vogel zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Disziplinarhofes ernannt worden.

— **Todesfall.** Am Donnerstag mittag verstarb nach schwerer Krankheit im Krankenhaus der langjährige Vertreter der in Vorstadt Frauen an der Rühnitzer Straße gelegenen Deget-Werke-Stiftung Emil Ernst Götter, unter dessen zielbewusster Führung im Laufe der Jahre viele Hunderte von Jünglingen zu arbeitsfähiger, tüchtiger und Ehrwürdiger erwachsen sind. Die Leiche wird dem Seemannsverein ein dankbares Andenken bewahren.

— **Die Umwandlung der sächsischen Lehrerseminare.** Wie in Nr. 10 unserer Zeitung schon gemeldet, werden die bisherigen Lehrerseminare zum größten Teile in andere höhere Schulen umgewandelt. In Sachsen werden zwei Formen neu geschaffen: die sechsstellige Kadettenschule und die neuankommende Deutsche Oberstufe. Die neuankommende Oberstufe mit einer Fremdsprache wird in Auerbach, Dresden, Plauen, Frankenberg, Grimma, Zwickau, Jena und aufgeführt, desgleichen mit zwei Fremdsprachen in Büchsenwerda, desgleichen mit zwei Fremdsprachen in Zwickau, die Klassen, Zwickau, Rodlitz, Frankenberg u. B., Dresden-Neustadt und Waldenburg werden in eine Deutsche Oberstufe in Form der sechsstelligen Kadettenschule umgewandelt. Das Schöneberger Seminar verbindet mit dem dortigen Gymnasium zu einer Reformanstalt nach Dresden; weiter, desgleichen das Seminar Porna mit dem Realgymnasium Porna zur Einheitschule nach dem Plane des Sächsischen Philologenvereins. Ueber die Seminare Dresden-Strehlen und Leipzig-Großschloß ist noch Bescheid zu fassen im Rahmen der Neuordnung der Lehrerbildung; ebenso schreiben die Verhandlungen nach beiderseits der beiden Seminare in Weiden. — Das Seminar in Rostock wird, wie vorstehend erwähnt, in eine neuankommende Deutsche Oberstufe mit zwei vierstelligen Fremdsprachen umgewandelt. (Klasse VI bis IV eine Fremdsprache, III bis I zwei Fremdsprachen). In die Reihen der Deutschen Oberstufe können auch Mädchen Aufnahme finden. Die Schüler und Schülerinnen haben jährlich 400 Mark Schulgeld zu entrichten. Das mit dem Seminar verbundene Internat bleibt bestehen; aber die Schüler der neuen Klassen werden falls notwendig, im Sommerhaus zu wohnen; nur wenn es die Eltern wünschen, werden die Knaben im Sommerheim aufgenommen. Die Direktion ist jederzeit bereit, nähere Auskunft darüber zu erteilen.

— **Die Oekonomische Gesellschaft in Sachsen** hielt am gestrigen Freitag im Saale des Landesparlamentes eine Gesellschaftsversammlung ab. Der Vorsitzende, Abg. Stelzer, eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten. Mehrere geschäftliche Angelegenheiten wurden einstimmig erledigt und vier neue Mitglieder aufgenommen. Darauf hielt Ritterspacher Oberbürger, Eimbach bei Weidendorf, einen Vortrag über: „Kaufleute und Aus-

Nach Menge und Gehalt befristete über die Vortragsfolge trotz dieser Kürzung in vollem Maße.

— **Am Sächsischen Altertumsverein** behandelte Kunsthistoriker Dr. Julius Rübner und die sächsische Kunst des aussehenden Mittelalters. Für ganz Mitteldeutschland war seit 1450 die den Kunstmarkt beherrschende Stellung Rübners entscheidend, da sich von hier eine rege Ausfuhr von Gemälden, Plastiken und kunstgewerblichen Erzeugnissen nach dem kunstarmer Norden und Osten, nach Schwaben, Schlesien und Polen anbahnte. Aus der Wiener herzoglicher Hof- und Handelskammer der Werkstätte Michael Wohlgemutts und Wilhelm Pleydenwurfs hob sich der Marienaltar von 1470 in Zwickau durch Formenreichtum, Plastik und übertragende Farbenkraft empor, ab und mit Albrecht Dürer, der von Friedrich dem Weisen bis 1525 mehrfach Aufträge erhielt (Dresdner Altar der Wittenberger Schlosskirche, Anbetung der Könige in Florenz, Marien der Sebastianus in Wien u. a.), hat qualitativ Gracach gegenüber Rübners Stil auf der ganzen Höhe gefast. Dr. Julius konnte hier mit Bezug auf Dürers Marienbild in Wien interessante neue Forschungsergebnisse vortragen, da Kurtzrich Johann Friedrich als Gefangener Kaiser Karls V. das Gemälde als captivus benevolentiae dem Kaiser Perrenot in Brüssel zum Geschenk machte, wie aus einem umfangreichen Briefwechsel des Kurtzrichen mit seinen Söhnen, Gracach und Veipziger Notenschriftlichen, den der Vortragende veröffentlicht hat, hervorgeht. — Neben der Tafelmalerei ist auch die Plastik der oberflächlichen Gebiete von Rübners und anderen fränkischen Meistern, wie Kraft, Stof, Hemen-schneider und dem Rätzer Hans Wadofsen (der Meister der Freiberger Tulpeninsel, der mit dem Monogrammist H. W. identifiziert wird) abhängig, insbesondere aber wurde die berühmte Rübnerscher Grabplatte der Wäcker mit zahlreichen Aufträgen, zumelst Grabplatten in Weiden, Tonna, Altenburg, Leipzig und anderen Orten, beauftragt. Die Entwürfe zu diesen Denkmälern stammen zum Teil von Dürer, Peter Wölner und Gracach. So ist z. B. das bekannte Grabmal Friedrichs des Weisen in Wittenberg nach einer „Abklärung“ des sächsischen Hofmalers geoffen worden. Nicht minder groß ist der Anteil der Miniaturmaler, Goldschmiede, Medaillenschneider, Platinier und Silberschmiede an diesem Rübnerschen Export, endlich verdienen der Erbauer des Leipziger Rathauses Hieronymus Lotter und der Orgelbauer von Weimar als in Sachsen tätige Rübnerscher Erbmaler. Während Gracachs Altarstil in der Malerei (Sachsens no) bis 1800 nachwirkt, ist der Einfluß Rübnerscher Renaissancemeister z. B. in Dresden auf dem Gebiete der Plastik nachweisbar.

Dresdner Nachrichten
Sonntag, 14. Januar 1922
Seite 3

Turnen.

Allgemeiner Turnverein zu Dresden (gegründet 1844). Am kommenden Sonntag vereint die Abt. ...

Radsport.

H. K. Kauer 1888, H. D. H., hielt am vergangenen Sonntag in der Dresden-Deide eine Winter-Radtour ab. ...

Der Radsport-Verein Kompa, Dresden (F. H. H.), hielt am vergangenen Sonntag eine Jahres-Versammlung ab. ...

Die Industrie-Zeremonien 1922. Die deutsche Str. den-Abt. ...

Rakensport.

Dresdner Sportklub gegen Brandenburg. Bei diesem Ver- ...

Leichtathletik. Allgemeiner Turnverein zu Dresden (gegründet 1844). Die ...

Leichtathletik.

Die Spiele- und Sportabteilung ...

Waffenport.

Dresdner Schütz. Die am 12. d. M. stattgefundene Monats- ...

Schauspieler.

Räthchen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet in ...

Verchiedenes.

Proletenversammlung gegen geplante Sportkennern. ...

Vereinskalender

Turn- und Sportverein Dresden-Vonsee. Die Spielereihe ...

Die Zeitschrift der 'Mündner Neuesten Nachrichten' ...

Laminierung. An der Nordgrenze des Heideberg- ...

Eisenbahnunglück in Bayern. Nach Mitteilung ...

Entlohnung, aber wieder eingebrachte Verbrecher. ...

Selbstmord vor tausend Jahren. Vor den Augen von ...

Ein alter Bissen. Ein Dittmar - so wird in ...

Seite 8 Dresdner Nachrichten Sonnabend, 14. Januar 1922 Nr. 24

Erst Mittwoch den 18. Januar beginnen die Inventur-Verkaufstage HIRSCH & Co., Prager Straße 6/8

Wahlen zur Angestellten = Versicherung Sonntag, 15. Januar.

Die weiblichen Angestellten Groß-Dresdens wählen in der Zeit von 9 Uhr ...

Liste B 'Frauenpflicht' Kückelhahn - Rathenau - Splitt.

Table with 3 columns: Wahlbezirk, Name, and Address. Includes names like Anna Kuhn, Marie Schmidt, etc.

Aufgesprungene Hände Leokrem Chlorodont-Zahnpaste

Probieren Sie Leokrem! Dieses bewährte Haut- und unarzneiliche Mittel heilt man durch Chlorodont-Zahnpaste kauen.

Advertisement for Hugo Keyl Dresden A. Marienstraße 14/17/18

Advertisement for Geldmarkt: Tägliche Beteiligung

Advertisement for Kapitalanlage: Suche 2. Angestellter

Advertisement for tägliche Beteiligung: mit 70 000 M. an langw. Unternehmen

Advertisement for Grundstücke: Grundstückstausch

Advertisement for Einfamilienhaus oder Villa: mit Garten, in der Nähe von Meißel

Advertisement for Mass. Hausgrundstück: in Ditzsch, Nähe Industriehof

Advertisement for 1 Laden: Nähe Schützenplatz

Advertisement for 10-12-Zimmer-Etage: im Zentrum der Stadt

Advertisement for J. Hondrack: MOBELTRANSPORT LAGERUNG

Advertisement for Piano: Wälther

Advertisement for STEMPEL: Wälther

Advertisement for Emil Kästner & Co.: Milchvieh, hochtragend u. frischmelkend

Advertisement for Firma Robert Augustin: Original Oldenburger u. Ostfriesischer Gebrauchsu. Arbeitspferde

Advertisement for J. F. Sulzberger: Pferdehandlung Dresden-A., Werderstraße 33

Advertisement for Albert Müller & Co.: Odenburger, Hannoverischer, Dänischer und Belgischer Pferde

